

Heike Holdinghausen

Verdörnt und vernutzt: Das Drama des Waldes

Die jüngsten Dürresommer mit ihren verheerenden Folgen für die Natur haben die hiesigen Wälder wieder in den Fokus öffentlicher Debatten gerückt. Dabei zeigt sich immer mehr: Der deutsche Wald befindet sich in einem gleich zweifachen Dilemma. Das erste zeigt sich symbolhaft an den Supermarktkassen. Dort haben die Handelsketten die vom Verbraucher als Problem erkannten Plastikbeutel großflächig durch Papiertüten ersetzt. Allerdings sind auch sie nicht umweltfreundlich, ganz im Gegenteil. Nicht nur jede Menge Energie und Wasser sind nötig, um die Einmaltragetaschen herzustellen, sondern neben Altpapier auch jede Menge frisches Holz. Würden für die Plastebeutel die „unterirdischen Wälder“¹ ausgebeutet, sind es nun wieder die oberirdischen. Die Umkehr zur Papiertüte lässt sich nämlich auch als Rückkehr deuten; nach einer außerordentlich kurzen Phase von etwa 300 Jahren, in der die Menschheit in den Industrie- oder sich industrialisierenden Ländern massenhaft fossile Rohstoffe wie Kohle, Erdöl und Gas nutzte, um ihren Bedarf an Energie und Material zu decken, kehrt sie jetzt zum historischen Normalzustand zurück. In diesem war der Wald die mit Abstand wichtigste Rohstoffquelle: Er lieferte Energie, Baumaterial sowie Nahrung für Mensch und Vieh, war also Kraftwerk, Apotheke und Supermarkt. Das könnte der Wald auch hierzulande perspektivisch wieder werden. Allerdings: Eine Rückkehr in den Normalzustand einer Jahrtau-

sende langen Nutzung des Waldes als primäre Rohstoffquelle passt nicht zusammen mit den Konsum- und Produktionsgewohnheiten des fossilen Zeitalters, in denen sich die Industriegesellschaften daran gewöhnt haben, dass allein ihre Nachfrage das Angebot bestimmt. Der zunehmende Nutzungsdruck einer postfossilen und um Klimaneutralität bemühten Wirtschaft auf die Wälder zeigt sich schon jetzt.

Schon lange scharren die Lobbyisten einer „Bioökonomie“ mit den Hufen. Sie sehen etwa den Holzbestandteil Lignin als einen möglichen Ersatz für Erdöl in der chemischen Industrie; eine Nutzung in großem Maßstab bleibt aber vorerst Zukunftsmusik, sind doch die Wälder schon jetzt der steigenden Nachfrage – etwa durch die immense Nachfrage nach Papier – nicht gewachsen. Erst kürzlich wiesen Wissenschaftler des Gemeinsamen Forschungszentrums der EU-Kommission im italienischen Isprain in der Zeitschrift „Nature“ darauf hin, dass Europa großflächig Wald verliert. Durch die steigende Nachfrage nach Holz seien bereits rund 69 Prozent der Biomasse verlorengegangen. Die Forscher warnen vor negativen Auswirkungen auf die biologische Vielfalt, die Bodenerosion und die Wasserregulierung.² Europa folgt damit einem weltweiten Trend – auch Brasilien, Nordamerika, Russland, Mosambik und der Kongo verzeichneten in den vergangenen Jahren zum Teil dramatische Waldverluste.³

1 Rolf Peter Sieferle, „Sonne und Feuer – Energieregimes in historischer Perspektive“, München 2009.

2 Guido Ceccherini, Gregory Duveiller u.a., „Abrupt increase in harvested forest area over Europe after 2015“, www.nature.com, 1.7.2020

3 Vgl. www.globalforestwatch.org.

Eine Rolle dabei spielen Abholzungen und Rodungen, aber auch Dürren und Brände. Darin liegt das zweite Dilemma der Wälder: Just in dem Moment, in dem sie wieder als wichtige Rohstoffquelle in den Fokus rücken, sind sie in eine ernste Bedrohungslage geraten. In Deutschland zeigt sich das an kahlen oder braunen Hängen im Harz oder abgebrannten Flächen in Brandenburg. Wer einen Blick für gesunde Wälder hat, entdeckt lichte Kronen und kranke Bäume aber nicht nur im Extremen: Nach der aktuellsten Waldzustandserhebung der Bundesregierung weisen nur ein Fünftel aller Bäume in Deutschland keine Kronenverlichtung auf – das erste Signal für ernsthaften Trockenstress.

Lange war das Waldsterben der 1980er Jahre in Mitteleuropa für viele Liberale und Konservative nur für müde Scherze gut. Es galt ihnen als Symbol des überkandidelten Umweltbewusstseins einer deutschen Bevölkerung im Katastrophenmodus. Im besten Fall diente es als ein Beleg für die Auffassung, dass sich Umweltprobleme mit technischen Mitteln lösen ließen: Schließlich hatten die kahlen Hänge der Mittelgebirge zu deutlich schärferen Vorschriften zur Luftreinhaltung geführt und die Abgase aus den Schloten der Fabriken und Auspuffen der Autos sauberer gemacht. Das hat sich inzwischen gründlich geändert. Das Waldsterben ist zurück, und gerade unter den mehrheitlich konservativen Waldbesitzern und Förstern ist das Entsetzen darüber groß, was sie in ihren Forsten beobachten müssen. Die Wucht und die Schnelligkeit, mit der der Klimawandel samt seinen vermehrten Hitze- und Dürreperioden nicht nur Monokulturen aus Nadelhölzern, sondern auch als widerstandsfähig geltende Buchen- und Eichen-Mischwaldbestände absterben lässt, führt nun zu einer großen Ratlosigkeit in der Forstbranche.

Der Zustand der Forste ist dabei so verheerend wie die ökonomischen Aus-

sichten der Forstbetriebe: Laut Statistischem Bundesamt mussten sie 2019 mit 32 Mio. Kubikmetern fast dreimal so viel Schadholz durch Insektenfraß einschlagen wie im Jahr zuvor. Die durch Hitze, Dürre und Stürme geschwächten Bäume haben Borkenkäfern und Co. nichts mehr entgegensetzen. Folglich liegt inzwischen der Anteil des Schadholzeinschlags an der gesamten Holzernte bei knapp 68 Prozent – vor zehn Jahren waren es nicht einmal 20 Prozent.⁴ Mit den Wäldern brechen die Kalkulationen und Geschäftsmodelle der Waldbesitzer zusammen – seien sie privat, kommunal oder staatlich. Weil die in der Vergangenheit wenig innovativen Sägewerke nun auf Bergen von minderwertigem Fichtenholz sitzen, sind die Preise auf dem Holzmarkt ins Bodenlose gefallen, Finanzplanungen für die nächsten Jahre haben keine Grundlage mehr.

Ratlosigkeit in der Forstwirtschaft

Was die Waldbesitzer besonders verunsichert, ist nicht nur die monströse Höhe der Schäden, sondern der Mangel an Zukunftskonzepten. Förster denken ja nicht in Jahren, sondern eher in Jahrzehnten oder Jahrhunderten. Bäume, die sie heute setzen, benötigen gute Wachstumsbedingungen für die nächsten 80 oder, im Fall von Laubbäumen, teilweise für die nächsten 200 Jahre oder länger. Berechnungen darüber, ob schon in den nächsten 60 oder 70 Jahren die Temperatur wohl um 1,5 Grad oder um 4 Grad Celsius ansteigt, müssen bei Waldbesitzern daher Panik auslösen. Schließlich macht das womöglich den Unterschied zwischen „Buche“ oder „Zeder“, zwischen Wald oder Steppenlandschaft. Die Patentrezepte der vergangenen Jahrzehnte – also einen forcierten Waldumbau der Fichtenmonokulturen hin zu Laub-Mischwäldern mit den dominierenden Baumarten

4 PM N 041, 27.7.2020, www.destatis.de.

ten Buche und Eiche – bewähren sich nicht. Auch sie leiden unter Klimastress und erweisen sich als beinahe genauso wenig resilient, also krisenfest, wie die schon lange kritisierten Nadelforste aus Fichten und Kiefern.

Insofern wird in der Forstwissenschaft und in den Förstereien derzeit heftig über die richtige Reaktion auf die Krise der Wälder diskutiert. Die Reaktionsmöglichkeiten sind durchaus vielfältig: Sie gehen von großangelegten und kostspieligen Wiederaufforstungsprogrammen mit trockenoleranten Bäumen – etwa der nordamerikanischen Douglasie oder bestimmten Eichenarten – bis hin zur Sukzession, bei der die Besitzer auf die natürliche Regenerationsfähigkeit ihrer Wälder setzen. Umstritten ist auch die Frage, wie mit dem Schadholz umgegangen werden soll: Lässt man es im Wald, als schützende Decke, unter der neues gedeihen kann (Waldbäume wachsen schlecht auf Kahlfeldern, die der Sonne und dem Wind ausgesetzt sind), oder räumt man es raus, damit die Borkenkäfer nicht noch mehr Brutplätze und Nahrung finden? Und was ist mit dem Käfer selbst – hat er sich so vermehrt, dass die Förster entgegen ihrer Tradition auch im Wald zur Giftspritze greifen sollten? Gestritten wird so erbittert, dass sich die Forstwissenschaftler gegenseitig offene Briefe schicken und um eine Versachlichung der Debatte bitten.

Dabei ist die Rat- und Konzeptionslosigkeit der Fachleute erst einmal die einzig angemessene Reaktion auf die Aufgabe, die der Klimawandel ihnen stellt. Je nach Szenario könnten in Deutschland klimatische Bedingungen herrschen wie heute in den Mittelmeerländern, wenn eine jetzt gepflanzte Eiche gerade erst aus ihrer Jugendzeit herauswächst. Es könnte aber natürlich auch ganz anders kommen.

Es wird daher nicht „die“ eine Antwort geben, die Förster und Waldbesitzer auf dieses Dilemma finden; die Lösungen werden nicht alleine von forstwissenschaftlichen Ratschlägen ab-

hängen, sondern auch von den finanziellen Mitteln, der Notwendigkeit, mit dem Forst auch mittelfristig Geld zu verdienen, von klimatischen Mikrobedingungen, möglichen neuen Anwendungen – Stichwort Bioökonomie – mit einer potentiell neuen Nachfrage nach anderen Baumarten und so weiter. Klar ist allein, dass die Waldbesitzer in den nächsten Jahren ohne umfangreiche staatliche Hilfeleistungen nicht auskommen werden. Die rund 800 Mio. Euro Nothilfen, die Bund und Länder im vergangenen Jahr beschlossen haben, können nur ein Anfang sein.

Das »Anti-Naturschutz-Ressort«

Von klugem Regierungshandeln wären zwei Dinge zu erwarten: Erstens, die Betroffenen – Förster, Kommunen, Privatwaldbesitzer – möglichst unbürokratisch in die Lage zu versetzen, jeweils angemessene Lösungen für ihre Probleme zu finden. Und zweitens alles in ihrer Macht Stehende dafür zu tun, damit Natur und Menschen hierzulande Zeit gewinnen, sich an die klimatischen Veränderungen anzupassen, und diese möglichst gering zu halten. Das heißt, engagierte Klimapolitik machen, die Stromwende vorantreiben, Emissionen im Verkehr senken, schnell für deutlich mehr Effizienz beim Heizen sorgen – und so weiter. Es heißt aber auch, einen sinnvollen Rahmen für Anpassungsmaßnahmen an die klimatischen Veränderungen zu setzen. Also beispielsweise das zunehmend knapper werdende Wasser in der Landschaft zu halten: Moore wieder zu vernässen, Flusswasser mehr Zeit zu geben, durch die Landschaft zu mäandern, Rückzugsflächen zu schaffen, in denen die Natur Antworten auf den menschengemachten Klimawandel finden kann, auf die Planer und Wissenschaftler nicht kommen.

Vorausschauende Forstpolitik kann nur engagierte Klima- und Naturschutzpolitik heißen. Womit wir zum

Kern des Problems vordringen. Denn das zuständige Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) unter Julia Klöckner ist geprägt von einem Selbstverständnis als „Anti-Naturschutz-Ressort“ und steht damit stets verlässlich an der Seite der Agrarindustrie, der Lebensmittelkonzerne, großen Agrargenossenschaften und Chemieunternehmen, die ihr Geld mit Dünger, Ackergiften und Saatgut verdienen. Auch Waldpolitik bedeutet für das Ministerium nichts anderes, als Geld für den Wiederaufbau eines möglichst schnell ökonomisch nutzbaren neuen Forstes bereitzustellen – große Papierfabriken und Sägewerke sollen verlässlich ihren Rohstoffbedarf auf global organisierten Märkten decken können. Das Ministerium unterstützt mit seinen Nothilfen den „Abtransport von Schadholz, Wiederaufforstungen und die Fortführung des Umbaus zu klimaangepassten Mischwäldern“ – als gäbe es die Ratlosigkeit und die Debatten innerhalb der Forstwirtschaft und -wissenschaft über den angemessenen Umgang mit der Krise gar nicht.

Statt inezuhalten und Fragen nach dem richtigen Weg zu stellen, wünscht sich die Ministerin „viele Menschen, die die Ärmel hochkrepeln und zusammenarbeiten“.⁵ Das ist eine Rhetorik die so tut, als ließen sich die Folgen der Klimakrise durch den Einbau von ein paar Schadstofffiltern ausmerzen. Als sei nicht eine tiefgreifende Transformation nötig, die den Wandel unseres Produzierens, Konsumierens, Arbeitens, Reisens – kurz: unseres gesamten Lebensstils voraussetzt. Solch eine Transformation aber liegt außerhalb der Vorstellungskraft der Strateginnen und Strategen im seit Jahrzehnten entweder schwarz oder rot geführten Landwirtschaftsministerium. Die Ministerin weist sogar die ambitionierten Vorhaben der EU-Kommission nach mehr Biodiversitätsschutz in

den Agrarlandschaften zunehmend brüsk mit dem Argument zurück, die Kernaufgabe der Landwirte bestünde nicht in der Landschaftspflege, sondern in der Produktion von Nahrungsmitteln.⁶ Und als das BMEL im längst vergessenen Klimakabinett der Bundesregierung im Frühjahr 2019 Maßnahmen vorstellen sollte, um die Klimaziele in der Land- und Forstwirtschaft zu erreichen, versagte das Haus kläglich. Mitten im Dürresommer 2019 schrieb eine Gruppe von Umweltverbänden und ökologisch orientierten Forstwissenschaftlern schließlich verzweifelt einen offenen Brief an Umweltministerin Svenja Schulze, damit diese die Blockadehaltung des Landwirtschaftsministeriums durchbreche und sich in die aktuelle Waldpolitik einmische. Doch Schulze ist inhaltlich schwach, schlecht vernetzt und hat sich gegen ihre forsche Kollegin im Agrarressort auch in diesem Punkt nicht durchgesetzt. Damit erweist sich das Umweltministerium in den zentralen Punkten als entmachtet: Für alle entscheidenden Sektoren – Verkehr, Land- und Forstwirtschaft sowie Energie – ist es nicht zuständig.

Der Herausforderung, die Zielkonflikte im Wald zu lösen – also die notwendige vermehrte, aber nachhaltige Nutzung des nachwachsenden Rohstoffes Holz mit dem Schutz alter Wälder zum Erhalt ihrer Biodiversität und Speicherkapazitäten für Kohlendioxid in Einklang zu bringen –, zeigt sich die Bundesregierung derzeit nicht gewachsen. Diese drängende Aufgabe liegt in einem Ministerium und in den Händen einer Ministerin, die nicht einmal den Stand der Diskussion der Waldbesitzer und Forstwissenschaft nachvollzogen haben. Der Mangel an Bereitschaft zu produktiver Ratlosigkeit bei den entscheidenden politischen Akteuren – dies ist derzeit wohl das größte Dilemma des deutschen Waldes.

5 BMEL, Massive Schäden – Einsatz für die Wälder, www.bmel.de, 11.8.2020.

6 Klöckner: „Wunschkonzerte mach' ich nicht mit“, www.topagrar.com, 27.6.2020.